Kampf zweier Linien

Anderthalb Jahre „Kinkel-Initiative" – eine Bilanz ihrer Wirkung „drinnen und draußen"

In der Erklärung von Helmut Pohl, die er auch im Namen von Eva Haule, Heidi Schulz, Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Rolf-Clemens Wagner und Rolf Heißler (alle Gefangene aus der RAF) abgab, erklären die Gefangenen: *„Es wird mit uns keine Neuauflage von sowas wie der Kinkel-Initiative geben, in welcher Variante auch immer."* Dieses Schreiben signalisiert, daß diese Gefangenen öffentlich machen wollen, was in den letzten drei Jahren in oft quälenden Debatten unter den GenossInnen „drinnen und draußen" an Widersprüchen aufgetreten ist. Der folgende Beitrag versucht, wesentliche Stationen dieser Diskussionen und Auseinandersetzungen nachzuzeichnen.

Der letzte kollektive Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand Anfang 1989 war durch eine Umorientierung weg vom linksradikalen Ghetto und hin auf liberale Kreise in dieser Gesellschaft gekennzeichnet. Die Hungerstreikerklärung war ganz auf dieses Spektrum zugeschnitten. Die verbalrevolutionäre Diktion früherer Hungerstreikerklärungen fehlte. Das trug zur Verwirrung des traditionellen „Antiimp"-Spektrums bei, das bisher praktisch das Monopol der Orientierung auf die Gefangenen hatte. Allerdings hatte sich in diesen Spektrum schon seit 1988 ein verstärkter Rückzug aus dem politischen Leben abgezeichnet, verursacht unter anderem durch die nicht aufgearbeiteten Erfahrungen und Fehler der antiimperialistischen Politik der 80er Jahre, dem sogenannten „Frontprozeß". Lutz Taufer schildert im weiter unten noch ausführlicher erwähnten Papier „Gesellschaft oder Ghetto", daß eine nach mehreren Jahren Knast entlassene Genossin von Gesprächen im kleinen Kreis und auf Veranstaltungen berichtete, *„wo es aus den Leuten nur so rausplatzen würde. Vom Fronttrauma sei immer wieder die Rede gewesen, einige seien in die Psychiatrie gekommen, die Besten seien davongelaufen ..."* Diese drastische Schilderung beschreibt die Krise, ja die persönliche Dramatik vieler „Antiimp"-Zusammenhänge seit Ende der 80er Jahre.

Weil der Sinn des Hungerstreiks in der Gewinnung von Unterstützung im liberalhumanistischen Spektrum bestand, unterblieben begleitende militante Aktionen, anders als bei vorherigen Hungerstreiks, fast völlig. Lediglich in der letzten, für einige Gefangene schon lebensbedrohlichen Phase, gab es den Angriff auf die Börse in Frankfurt und die Besetzung einer EG-Behörde in Brüssel.

Das Resümee dieses Kampfes war, daß es einerseits die bisher größte Unterstützung für die Forderungen der Hungerstreikenden gab; anderseits der Druck nicht ausreichte, um substantielle Zugeständnisse vom Staat durchzusetzen. Die Kleingruppenisolation konnte nicht aufgehoben werden.

Die oben beschriebene Schwäche des antiimperialistischen Spektrums führte dazu, daß die humanistischen Kräfte nicht — wie geplant — UnterstützerInnen der Kampagne waren, sondern diese inhaltlich fast völlig bestimmten. Die Argumente derer, die den Gefangenen teilweise entgegenkommen wollten, um das Kapitel des bewaffneten Kampfes in der BRD ohne Gesichtsverlust für alle Beteiligten endlich abzuhaken, wurde

Mit dieser Initiative wurden Überlegungen eines Teils des Repressionsapparates umgesetzt, die RAF dadurch zu eliminieren, daß ihr angebliches Bewegungsthema, die Isolationshaft der Gefangenen, entschärft wird. Nach der Lesart der KGT ist die RAF seit 1977 nur eine „Befreit-die-Gefangenen-Guerilla". Würde ihnen dieses Thema genommen, verlören sie auch den letzten Rest an Unterstützung. Auch diese Staatsschutzvariante wollte natürlich auf Repression gegen die „Unbelehrbaren" nicht verzichten.

In den Medien wurde gezielt Verwirrung gestiftet, der Begriff „Versöhnung" wurde strapaziert. Das hatte auch Wirkung in den verbliebenen Gruppen, die seit Jahren gegen die Isolationshaftbedingungen kämpfen. Dort wurde, anfangs häufig mangels Alternative, in der KGT-Initiative eine Chance gesehen, den Staat von seiner harten Haltung gegenüber den Gefangenen abzubringen.

Es hatte den Anschein, daß sich selbst die RAF an dieser Initiative orientierte. Jedenfalls ging ihre berühmte Gewaltverzichtserklärung von April 1992 von zwei Fraktionen im Staatsapparat aus, von denen die eine moderater sei. Diese gilt es zu stützen, wenn es sein muß mit Druck von Wirtschaftskreisen, die es leid sind, jährlich mindestens einen Führungskader durch RAF-Attentate zu verlieren. Die Verknüpfung der Perspektive der RAF mit der Lösung der Gefangenenfrage war in der Erklärung unübersehbar. Die RAF verzichtete ganz realpolitisch auch auf die Forderung der sofortigen Freilassung. Statt dessen wurde die Formel von der „Freilassung in absehbarer Zeit" geprägt, ein auslegbarer Begriff. Diese Erklärung vervollständigte die Verwirrung in der Restlinken. Allerdings zeigte sich auch, daß die Initiative der RAF unter den Gefangenen selber umstritten war. Daß Irmgard Möller, die seit 21 Jahren inhaftiert ist und als einzige die Stammheimer Todesnacht schwerverletzt überlebt hat, wenige Tage nach der Veröffentlichung der RAF-Erklärung diese im Namen aller Gefangener aus RAF und Widerstand diese Initiative vorbehaltlos unterstützte, änderte an der Umstrittenheit nichts.

Foto: M. Höhn

Demo am 10.7. in Wiesbaden anläßlich der Ermordung von Wolfgang Grams

Die Diskussion unter den Gefangenen

Die Gefangenen waren und sind kein monolithischer Block. Mittlerweile sind Gefangene aus unterschiedlichen Kampfperioden inhaftiert: aus der Vietnambewegung (die meisten von ihnen sind inzwischen tot), den Kämpfen zur gescheiterten Befreiung der Gründungsmitglieder der RAF, aus dem Anti-Natokampf Anfang der 80er Jahre, aus dem Frontprozeß ab 1985/86, dessen Ziel es war, die Kräfte der verschiedenen Widerstandskämpfe zu vereinheitlichen. Die wenigsten Gefangenen kannten sich noch aus den politischen Kämpfen in Freiheit. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß die politischen Erfahrungen und Einschätzungen oft unterschiedlich sind. Die Isolationshaftbedingungen tragen natürlich das ihre dazu bei, politische Diskussions- und Reflexionsprozesse fast unmöglich zu machen. Die

brief ist hier ... eingegangen. das zentrale problem dabei ist, daß es bei uns etwas gibt, wovon wir abschwören könnten, bei euch nicht ..."

Über die Spannungen zwischen den Gefangenen und einem Teil des UnterstützerInnenspektrums gibt folgendes Zitat von Lutz Taufer aus der Debatte Hinweise: *„Nachdem wir ein Jahrzehnt lang in harter Arbeit — ohne Übertreibung — uns bemüht haben, mit Menschen und Gruppen draußen ins Gespräch zu kommen, die sich mit dem Begriff oder Etikett revolutionär bezeichnen, Bemühungen, die etliche Leitzordner von ausgearbeiteten Briefen und Texten füllen, ohne daß diese aberwitzige Anstrengung auch nur den Schatten einer verbindlichen gemeinsamen Arbeit zum Resultat gehabt hätte, haben wir uns die Freiheit genommen, mit Menschen und Gruppen zu arbeiten, die sich engagieren, statt im trüben zu fischen ..."*

Tatsächlich wurde in dieser Debatte

begründete Taufer mit den Vorwurf an die GenossInnen, sie versuchten, die Gefangenen gegeneinander auszuspielen.

Es wurde zukünftig leider traurige Praxis, daß die ErneuerInnen sowohl „drinnen" als auch „draußen" ihre enttäuschten Hoffnungen in die KGT-Initiative durch vermehrte verbale Angriffe auf kritische GenossInnen kompensierten. So schrieb der Gefangene aus dem Widerstand Rico Prauss in Imitation der alten DKP-Kritik an der RAF über eine die neue RAF-Linie kritisierende Erklärung, daß diese allein im Staatsschutz-Interesse liege. *„Kämpfen und revolutionäre Praxis immer und ohne jeden Sinn, Verstand und Bezug zur politischen Situation darzustellen, es macht wenig Unterschied im Effekt, ob es aus rein staatlichem Interesse geschieht oder aus einem intellektuellen Dämmerzustand."* (Angehörigen-Info Nr. 94, 5.6.1993, S.2). Im übrigen blieben die Kritiken, die sowohl an der RAF-Erklärung als an den PragmatikerInnen unter den Gefangenen geübt wurden, im Angehörigen-Info zumeist unerwähnt oder unabgedruckt.

Diese Praxis kannte mensch schon von früher. Die kommunistische Kritik, die sowohl die Gefangenen wie die Illegalen der spanischen Guerilla GRAPO (antifaschistische Gruppen des 1. Oktober) und die illegale Partei PCE(R) (wiederaufgebaute kommunistische Partei) als auch die belgische Guerilla CCC (Kämpfende kommunistischen Zellen) an der RAF-Strategie in den achtziger Jahren übten, blieb unbeantwortet. So war es nur konsequent, daß die Stellungnahmen dieser Organisationen zum neuen Kurs der RAF, der von ihnen als äußerst bedenklich für die revolutionäre Bewegung eingeschätzt wurde, ebenfalls ohne Resonanz blieben.

Die Kritik der Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand Bernhard Rosenkötter, Michael Dietiker und Ali Jansen (der trotz Haftunfähigkeit noch immer nicht aus dem Knast entlassen wurde) vom Mai 1992 an der RAF-Erklärung ist ähnlich grundsätzlich. So kommentieren sie die Stelle in der Erklärung, in der dem Staat zugebilligt wird, daß er auch auf die Vernichtung antagonistischer Widersprüche mittels polizeilich-militärischen Mitteln verzichten könnte: *„wer sowas denkt und schreibt, der hat sich von der dringend notwendigen rekonstruktion revolutionärer politik verabschiedet, der sucht zuflucht im reformismus."* (ak 343 vom 3.6.1992)

In einem längeren Text vom Juli 1992, der unter dem Titel „Über das Schleifen von Messerrücken" veröffentlicht wurde, unterziehen sie die Geschichte der RAF einer kritischen Untersuchung und präzisieren ihre Kritik an deren jüngsten Politik als auch an den Erklärungen der PragmatikerInnen unter den Gefangenen. Deren Hauptsorge, aus dem Ghetto herauszukommen, in die Gesellschaft zurückzukehren (Lutz Taufer in Konkret 8/92), wird in diesen Papier nicht grundsätzlich abgelehnt. Es wird aber darauf hingewiesen, daß der historische Hintergrund ignoriert wird, daß die RAF z.B. in ihren Maipapier (theoretische RAF-Erklärung vom Mai 1982) für sich selber einen Platz außerhalb der Gesellschaft gewählt hat. Ohne diese Erinnerung aber drohe die Gefahr, im Reformismus zu versacken, denn *„aus politischer Basisarbeit hat sich nirgends unmittelbar revolutionäre Politik entwickelt ... Die Tatsache, daß die damaligen Antworten* (gemeint sind die verschiedenen RAF-Konzepte, Anm. ak) *heute nicht*

Sofortige Freilassung von Irmgard Möller

Demonstration am 9. Oktober in Lübeck

Seit über 21 Jahren sitzt Irmgard Möller

humanistischen Spektrum bestand, unterblieben begleitende militante Aktionen, anders als bei vorherigen Hungerstreiks, fast völlig. Lediglich in der letzten, für einige Gefangene schon lebensbedrohlichen Phase, gab es den Angriff auf die Börse in Frankfurt und die Besetzung einer EG-Behörde in Brüssel.

Das Resümee dieses Kampfes war, daß es einerseits die bisher größte Unterstützung für die Forderungen der Hungerstreikenden gab; anderseits der Druck nicht ausreichte, um substantielle Zugeständnisse vom Staat durchzusetzen. Die Kleingruppenisolation konnte nicht aufgehoben werden.

Die oben beschriebene Schwäche des antiimperialistischen Spektrums führte dazu, daß die humanistischen Kräfte nicht — wie geplant — UnterstützerInnen der Kampagne waren, sondern diese inhaltlich fast völlig bestimmten. Die Argumente derer, die den Gefangenen teilweise entgegenkommen wollten, um das Kapitel des bewaffneten Kampfes in der BRD ohne Gesichtsverlust für alle Beteiligten endlich abschließen zu können, waren sowohl von Antje Vollmer (Grüne) als auch vom damaligen Hamburger Verfassungsschutzchef Lochte zu vernehmen.

Nach dem Ende des Hungerstreiks brachen die lange Zeit tabuisierten Konflikte offen auf. Vielen Gefangenen war der bisherige Kontakt zu GenossInnen aus dem antiimperialistischen Spektrum zu eng. Beziehungen zu kirchlichen und humanistischen Kreisen sowie ausländischen GenossInnen wurden geknüpft. Alte Kontakte zerbrachen. Das ging nicht ohne persönliche Kränkungen ab, was zur Auflösung vieler eh schon desolater „Antiimp"-Strukturen beitrug.

Die Erschütterungen der gesamten Linken im Gefolge der Auflösung des osteuropäischen „Realsozialismus" ab 1989 verstärkten diese Tendenzen zwar, waren aber nicht der Auslöser.

KGT startet „Kinkel-Initiative"

In diese Schwächephase fiel die oft fälschlich nach dem damaligen Justizminister Kinkel benannte Initiative, die in Wirklichkeit von der „Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung" (KGT) ausgearbeitet wurde, einem Gremium, dem der Verfassungsschutz, das BKA, die Bundesanwaltschaft, Landes- sowie Bundesministerien angehören. Die KGT-Initiative, im Januar 1992 verkündet, bestand in der Ankündigung, die (vermeintlich) vorzeitige Freilassung bestimmter Gefangener aus RAF und Widerstand zu prüfen.

Die Diskussion unter den Gefangenen

Die Gefangenen waren und sind kein monolithischer Block. Mittlerweile sind Gefangene aus unterschiedlichen Kampfperioden inhaftiert: aus der Vietnambewegung (die meisten von ihnen sind inzwischen tot), den Kämpfen zur gescheiterten Befreiung der Gründungsmitglieder der RAF, aus dem Anti-Natokampf Anfang der 80er Jahre, aus dem Frontprozeß ab 1985/86, dessen Ziel es war, die Kräfte der verschiedenen Widerstandskämpfe zu vereinheitlichen. Die wenigsten Gefangenen kannten sich noch aus den politischen Kämpfen in Freiheit. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß die politischen Erfahrungen und Einschätzungen oft unterschiedlich sind. Die Isolationshaftbedingungen tragen natürlich das ihre dazu bei, politische Diskussions- und Reflexionsprozesse fast unmöglich zu machen. Die wenigen Kontakte zwischen „Drinnen und Draußen" wurden durch Beschlagnahmeverfügungen, Gesprächsabbrüche, Besuchsverbote und andere Instrumentarien staatlicher Repression immer wieder massiv behindert.

Die scharfe Kontroverse zwischen der „Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen" aus Tübingen und dem Gefangenen aus der RAF Lutz Taufer, die Ende 1991/Anfang 1992 über diverse autonome Publikationen geführt wurde, war der Beginn einer öffentlichen Debatte dieser Widersprüche.

Ausgangspunkt der Kontroverse war die Erklärung der drei Celler Gefangenen Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Knut Folkerts zu ihrem begrenzten und befristeten Hungerstreik. Die Tübinger GenossInnen äußerten in ihren Fragen an die drei Irritationen über diese Erklärung sowie über das Gespräch zwischen den Gefangenen und niedersächsischen PolitikerInnen, das zum Abbruch des Hungerstreiks führte. Die Tübinger schrieben: *„Euer Gespräch mit VertreterInnen des Staates und die Art und Weise, wie ihr darüber schreibt (‚das Gespräch war gut, es ging fast immer um eine pol. Lösung ...') hatte auch die Diskussion zur Folge, ob Reformismus bzw. individueller Kampf um persönliche Situationsverbesserungen nun an die Stelle politisch-revolutionären Kampfes zur Veränderung der gesellschaftlichen Realität getreten ist."*

Diese provokanten Äußerungen konterte Lutz Taufer wenig solidarisch gleich in der Einleitung folgendermaßen: *„euer brief ist hier ... eingegangen. das zentrale problem dabei ist, daß es bei uns etwas gibt, wovon wir abschwören könnten, bei euch nicht ..."*

Über die Spannungen zwischen den Gefangenen und einem Teil des UnterstützerInnenspektrums gibt folgendes Zitat von Lutz Taufer aus der Debatte Hinweise: *„Nachdem wir ein Jahrzehnt lang in harter Arbeit — ohne Übertreibung — uns bemüht haben, mit Menschen und Gruppen draußen ins Gespräch zu kommen, die sich mit dem Begriff oder Etikett revolutionär bezeichnen, Bemühungen, die etliche Leitzordner von ausgearbeiteten Briefen und Texten füllen, ohne daß diese aberwitzige Anstrengung auch nur den Schatten einer verbindlichen gemeinsamen Arbeit zum Resultat gehabt hätte, haben wir uns die Freiheit genommen, mit Menschen und Gruppen zu arbeiten, die sich engagieren, statt im trüben zu fischen ..."*

Tatsächlich wurde in dieser Debatte deutlich, daß die Celler Gefangenen zu einer Erneuererströmung unter den Gefangenen zählten, die mit den beschriebenen negativen Erfahrungen auch gleich einen Großteil der Grundlage ihrer bisherigen Politik vergessen wollten. Dieser Gruppe gehören noch die Gefangenen aus Lübeck an. Andere haben sich nur bruchstückhaft dazu geäußert. In seinem Brief „Gesellschaft oder Ghetto" von Januar 1993 äußerte Lutz Taufer: *„hauptaufgabe des jahres 1992 und vor allem der beiden jahre zuvor wäre es gewesen, den mit den erklärungen aus 88 und dem hs 89 begonnenen weg zu handlungsmöglichkeiten und bewegungsspielräumen innerhalb der gesellschaft auszubauen. der erste schritt in dieser richtung konnte wirklich nur sein: auflösung der altbestimmungen revolutionärer politik, weil eine neubestimmung nicht möglich ist, solange die vorstellungen von revolutionärer politik dermaßen penetrant im bild der 80er jahre fixiert sind."*

Die einst geschmähten ReformistInnen wurden plötzlich zu Menschen, die sich wirklich um politische Lösungen bemühen, während sich revolutionär verstehende GenossInnen zu praxislosen PapiertigerInnen erklärt wurden, die eh nicht ernst zu nehmen seien.

So veröffentlichte Lutz Taufer ohne Einwilligung der Tübinger GenossInnen diesen Briefwechsel, obwohl diese ihren Brief nur an alle Gefangenen gerichtet hatten. Diesen Vertrauensbruch, der mit der Phrase „Wir halten nichts von Hinterzimmerpolitik" schlecht kaschiert war, begründete Taufer mit den Vorwurf an die GenossInnen, sie versuchten, die Gefangenen gegeneinander auszuspielen.

Es wurde zukünftig leider traurige Praxis, daß die ErneuerInnen sowohl „drinnen" als auch „draußen" ihre enttäuschten Hoffnungen in die KGT-Initiative durch vermehrte verbale Angriffe auf kritische GenossInnen kompensierten. So schrieb der Gefangene aus dem Widerstand Rico Prauss in Imitation der alten DKP-Kritik an der RAF über eine die neue RAF-Linie kritisierende Erklärung, daß diese allein im Staatsschutz-Interesse liege. *„Kämpfen und revolutionäre Praxis* als auch an den Erklärungen der PragmatikerInnen unter den Gefangenen. Deren Hauptsorge, aus dem Ghetto herauszukommen, in die Gesellschaft zurückzukehren (Lutz Taufer in Konkret 8/92), wird in diesen Papier nicht grundsätzlich abgelehnt. Es wird aber darauf hingewiesen, daß der historische Hintergrund ignoriert wird, daß die RAF z.B. in ihren Maipapier (theoretische RAF-Erklärung vom Mai 1982) für sich selber einen Platz außerhalb der Gesellschaft gewählt hat. Ohne diese Erinnerung aber drohe die Gefahr, im Reformismus zu versacken, denn *„aus politischer Basisarbeit hat sich nirgends unmittelbar revolutionäre Politik entwickelt ... Die Tatsache, daß die damaligen Antworten* (gemeint sind die verschiedenen RAF-Konzepte, Anm. ak) *heute nicht*

Demo am 10.7. in Wiesbaden anläßlich der Ermordung von Wolfgang Grams

Sofortige Freilassung von Irmgard Möller

Demonstration am 9. Oktober in Lübeck

Seit über 21 Jahren sitzt Irmgard Möller — Gefangene aus der RAF — unter Sonderhaftbedingungen im Knast. Ihre Gesundheit ist durch die Haftbedingungen stark angegriffen und nach der langen Haft sind keine Reserven mehr vorhanden. Andere Gefangene sind zum Teil seit 18 oder 15 Jahren gefangen.

Irmgard Möller, die wie die meisten aus den Anfängen der RAF aus der 68er StudentInnenbewegung kam, schloß sich 1971 der RAF an. Im Mai 1972 führte die RAF aus Solidarität mit dem kämpfenden Volk in Vietnam mehrere Aktionen gegen die US-Kriegsmaschinerie und die den Völkermord in Vietnam unterstützende Bundesrepublik durch. 1972 wurde Irmgard Möller verhaftet. Im ersten Verfahren wurde sie zu viereinhalb Jahren verurteilt und 1979 in einem weiteren Verfahren zu lebenslänglich plus 15 Jahren verurteilt. Vorgeworfen wurde ihr, am Angriff auf das US-Headquarter in Heidelberg beteiligt gewesen zu sein. Dort wurde die Bombardierung Nord-Vietnams koordiniert. Das Urteil stützt sich alleine auf die Aussagen des Kronzeugen Müller. Müller, der selber für die Tötung eines Polizisten verantwortlich ist, wurde, nachdem er sich der Justiz als Kronzeuge zu Verfügung gestellt hatte, freigesprochen.

Irmgard Möller ist die einzige der vier Gefangenen, die die Nacht vom 18.10.1977 in Stammheim überlebte. Sie ist auch diejenige, die ein Jahr später vor einem Untersuchungsausschuß aussagte, daß der Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe kein Selbstmord gewesen sei.

Für Irmgard Möller steht jetzt eine Anhörung bevor, bei der entschieden wird, ob sie entlassen wird. Außer den Gefangenen, die ihre Haftdauer bis zum letzten Tag abgesessen haben und Günter Sonnenberg, sind keine Gefangenen freigelassen worden. Anstatt zumindest die haftunfähigen Gefangenen zu entlassen, ist es die Strategie des Staates — gestützt auf Aussagen von „DDR-KronzeugInnen" — neue Prozesse gegen die Gefangenen zu führen, die nicht zu Kreuze kriechen und abschwören oder Verrat üben.

ga.

einfach wiederholt werden können, ist aber noch lange kein Grund, das ganze damals schon erreichte Erkenntnisniveau und Problembewußtsein über den Haufen zu werfen."

Wurde diese Fundamentalkritik weitgehend ignoriert, so droschen die PragmatikerInnen um so heftiger auf moderatere Kritik an ihrer Politik ein. So bringt es Knut Folkerts fertig, in einem im Angehörigeninfo Nr. 113 vom 25.2.93 abgedruckten Brief KritikerInnen folgendermaßen abzufertigen: *„verwahrloster Umgang mit Argumenten", „blinde, alles verkehrende reaktion", „gerade diejenigen, die im verlaufe des ganzen letzten Jahres mit nichts aufgefallen sind, (...) wollen uns belehren."*

Lutz Taufer formulierte auf die Kritik, die der RAF-Gefangene Rolf Heißler in sehr moderater Form an der Politik der Celler Gefangenen äußert, unter anderem: *„... Rolf Heißler wußte seinem revolutionären Publikum zu enthüllen", „damit traf Rolf Heißler sicherlich den Geschmack des Publikums", „von Angeberei geprägt(e) Debatte, der sich einige Gefangene kritiklos angepaßt haben", „wir tun nichts, ergo wir sind radikal ..."*

Explizite Kritik an der neuen Linie der RAF und einiger Gefangener äußerte Christian Klar in einem Leserbrief in der „konkret". Er sieht in der neuen Linie eine Kapitulation vor *„Kleinmut und linksdeutscher Einseiferei"*. Die *„neu aufbrechende und sich organisierende Linke hier im Land"* soll *„ihre Strategie entwickeln (...), ganz ohne sich von den Drohungen des Apparats beeindrucken zu lassen, daß er ja die Gefangenen in der Hand hat"*. (zitiert nach Angehörigeninfo 101, 10.9.92)

Die RAF-Gefangene Heidi Schulz schrieb in einem Brief vom Januar 1993, daß die RAF und Teile der Gefangenen „nicht mehr von der realen Wirklichkeit ausgehen", sondern den Eindruck erwecken, „man könne mit diesem Staat einig werden". Tatsächlich jedoch könne der Kampf für die Zusammenlegung und die Freiheit der politischen Gefangenen nur erfolgreich geführt werden, wenn er *„in den gesellschaftlichen Klärungsprozessen gegen die reaktionäre Entwicklung als Kampf gegen staatliche Unterdrückung, (...) in den Prozeß der Neuformierung des revolutionären Projekts"* integriert sei. Rolf Heißler schließlich bemerkte in dem von Taufer kritisierten Brief schon im Januar 1993, daß die Kinkel-Initiative weder gescheitert noch tot sei. *„Im Gegenteil, sie steht in vollster Blüte und erntet ihre ersten Erfolge. Die Erklärung der RAF vom April 1992 signalisiert: Die RAF in ihrem jetzigen Zustand der Desorientierung ist mit sich beschäftigt und damit handlungsunfähig und braucht nicht mehr ernst genommen zu werden."*

Die Debatte um die „Geheimverhandlungen"

Statt sich mit diesen gewichtigen Einwänden gegen die neue Linie zu befassen, griffen die ErneuerInnen, wie schon erwähnt, zu Beschimpfungen und Unterstellungen. Dieser neue Stil, der von einigen Gefangenen gegen ihre GenossInnen drinnen und draußen gepflegt wird, wurde in zwei kontroversen Debatten besonders deutlich vorexerziert. Seit Monaten kursierten Gerüchte über ein Treffen in der Evangelischen Akademie Tutzing mit Angehörigen der Gefangenen, ehemaligen Gefangenen und dem damaligen Justizminister Kinkel am 11. und 12. Mai 1992.

Diese Tutzinger Treffen sind ein Instrumentarium systemintegrativer Politik und wurden in der Vergangenheit deshalb von den Gefangenen und ihren UnterstützerInnen abgelehnt. Daß sich einige Gefangene 1992 anders entschieden und zumindest einen Sondierungsversuch unternehmen wollten, ist verständlich. Unverständlich aber, daß es keinen Versuch gab, sich nach außen zu erklären und zu argumentieren. Genauso unverständlich ist, daß sich die teilnehmenden GenossInnen an die offizielle Bedingung — keine Öffentlichmachung der Gespräche — noch hielten, als schon die verschiedensten Versionen des Treffens kursierten. So bekam der Vorwurf von den „Geheimverhandlungen" Nahrung. Im Angehörigeninfo 99 vom 14.8.92 wurde dieser Fehler auch eingeräumt.

Die Retourkutsche aus Celle kam umgehend. Lutz Taufer, der die Veröffentlichung des Tübinger Briefes ohne Einwillung der VerfasserInnen damit erklärt hatte, daß für ihn Politik immer im öffentlichen Raum stattfinde — und er das bis zum Ende seiner politischen Tage so halten wolle — verwahrte sich vehement gegen das Öffentlichmachen des Tutzinger Treffens. Die KritikerInnen werden als „Stimmen aus dem Off" lächerlich gemacht, die das Arbeitsklima vergiften und blockieren würden. Einem Teil der KritikerInnen wird unterstellt, daß sie *„im auftrag der Macht unterwegs sind, um zu spalten und Verwirrung zu stiften ... Die Bereitwilligkeit, mit der ihr, die ihr den Tutzing-Beitrag im Angehörigen-Info Nr.*

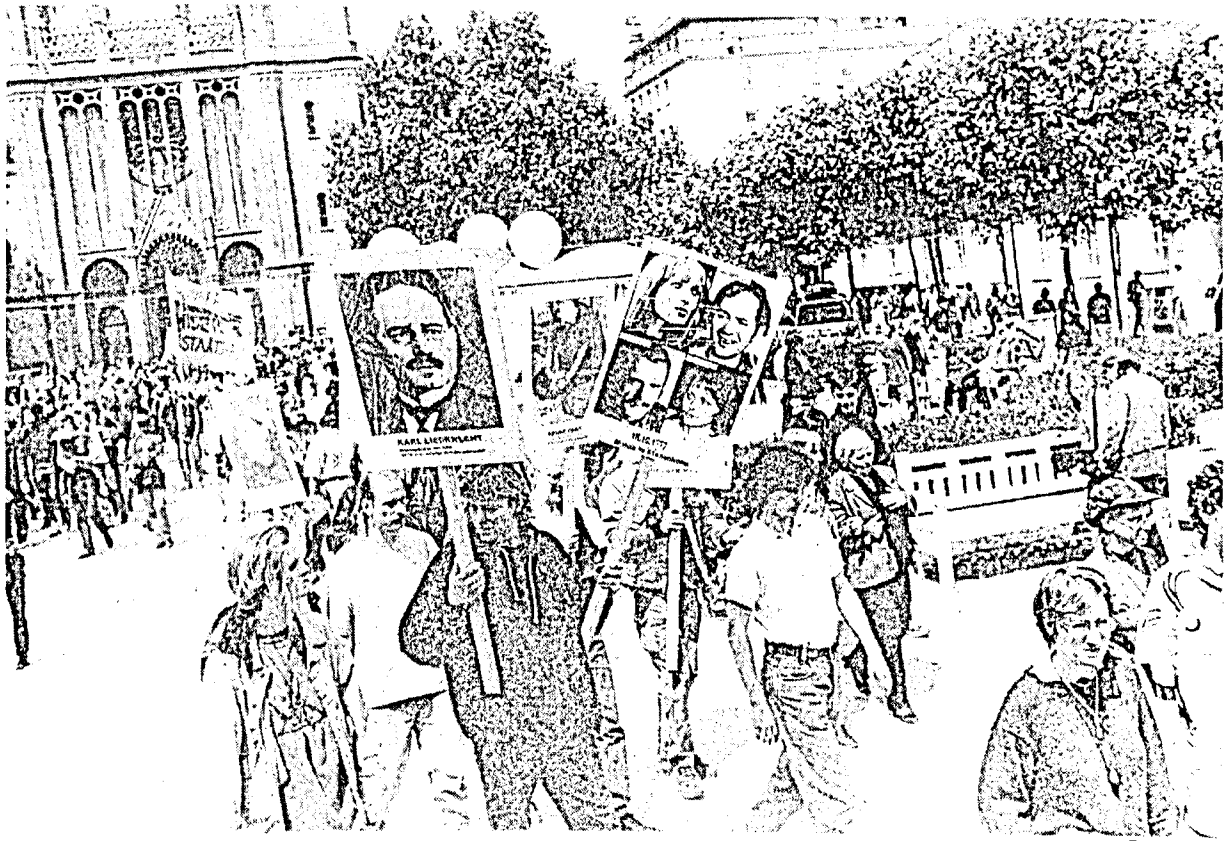

Foto: M. Höhn

nische, in Teilen antisemitische Machwerk Zustimmung findet, ist bedauerlich. Erfreulicherweise hat Ivo Bozic im ND vom 4.8.1993 und im ak Nr. 357 klargestellt, daß mit der Festnahme von Birgit Hogefeld und ihrer Erklärungen, in denen sie sich als Teil eines RAF-Kollektivs in der Illegalität bekennt, die Verschwörungstheorie zusammengebrochen ist. Aber die Autoren des selbst von reaktionären Verlagen und Medien gepushten Buches, werden ihr geldbringendes Märchen weiterzuspinnen versuchen. Zu fragen bleibt nach dem Zustand einer Linken, die noch den größten Nonsens samt reaktionärer Unterfütterung schluckt, wenn nur die RAF damit endgültig beerdigt ist. Dann spart GenossIn sich die Mühe, sich zu den jüngsten Erklärungen zu verhalten. Die Klage der RAF, daß die Plazierung ihrer August-Erklärung von 1992 durch die konkret-Redaktion eine weite Verbreitung bisher verhindert habe, lag sicherlich eher am Desinteresse der Restlinken als daran, daß der Text als eigenes Heft verkauft wurde und nicht, wie von der RAF gefordert, in der laufenden konkret-Ausgabe erschienen war.

Ausnahmen sollen nicht unerwähnt bleiben. So haben sich GenossInnen im Rahmen der Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München im letzten Jahr mit der revolutionären Politik der achtziger Jahre in der BRD befaßt. Die Grenzen des heute von vielen Beteiligten tabuisierten Frontprozesses wurden aufgezeigt. Die Perspektiven für die 90er Jahre sind allerdings mager (Diese Broschüre unter dem Titel „Die Mühen der Ebene" kann im 3. Welt-Haus, Westerbachstr. 40 in Frankfurt/Main bestellt werden).

Ein Diskussionspapier der „Gruppe für die Freiheit der politischen Gefangenen" (Berlin) ist unter dem Titel „Aber in den 80ern lief es ganz anders ... und was jetzt?" erschienen und kann gegen einen Kostenbeitrag von 3 DM (ab 5 Stück 2 DM) über die „Rote Säge", Falckensteinstr. 46, 10997 Berlin, bezogen werden. Statt langer Texte wurden Diskussionsprotokolle von GenossInnen möglichst authentisch abgedruckt. Die Broschüre ist vor allem deshalb interessant, weil die verschiedenen Standpunkte zur RAF-Erklärung und zur revolutionären Perspektive in der Diskussion aufeinanderprallen. Neben der PragmatikerInnenposition, die im Wesentlichen darin besteht, mensch müsse alles anders machen als bislang, nur mensch wisse nicht wie, sind darin auch Denkanstöße enthalten. Es werden sowohl Fehler aus der Vergangenheit tabulos benannt, als auch Schlußfolgerungen für eine zukünftige Perspektive gezogen.

Die letzten Erklärungen der RAF

Dokumentation

Erklärung von Helmut Pohl

Es ist jetzt vielleicht noch einmal Gelegenheit, etwas für uns zu sagen. Jedenfalls

möglicherweise „neu entstehende Gewalt von links"? Macht Euch lieber Sorgen um

wir dafür einen engen Zeitraum des

Foto: M. Höhn

Dokumentation

Erklärung von Helmut Pohl

Es ist jetzt vielleicht noch einmal Gelegenheit, etwas für uns zu sagen. Jedenfalls wollen wir zu uns, ein großer Teil der Gefangenen aus der RAF, für jeden Klarheit schaffen.

Niemand von uns und auch niemand von den Angehörigen hat die Forderung nach einem kurzzeitigen Zusammenkommen, wie sie jetzt durch die Öffentlichkeit gewälzt worden ist, gestellt.

Wir haben diese Forderung nicht, wir lehnen das ab, unsere Forderung ist nach wie vor: Freiheit jetzt, Zusammenlegung bis dahin. Wären wir jetzt für wenige Monate oder Wochen zusammen, wäre unser Thema auch nicht der „bewaffnete Kampf", sondern eben unsere Freiheit. In anderen Worten: Nicht der Frieden mit dem Staat und nicht eine Schlußabwicklung unserer Geschichte nach den letzten beiden katastrophalen Jahren, sondern wie wir die Kräfte aus der Gesellschaft gegen den Staat erreichen, die uns schließlich aus den Gefängnissen bringen — weil sie die Situation erfassen, ihre eigene, die Perspektive und die Bedeutung davon erfassen, der machtbesoffenen politischen Klasse die Bestimmung über politische Weichenstellungen wegzunehmen. Die Geschichte jetzt ist eine neue dieser Inszenierungen seit der sog. „Kinkel-Initiative", an denen nichts real ist, es sei denn, man nimmt sie gleich als Vorhang zu Täuschung und Desorientierung, und diese Formeln wie „Lösung" oder „Versöhnung" gleich als Synonyme des Apparats für endlosen Knast für einen dafür vorgesehenen Teil der Gefangenen. Konnte sich die Kampagne um die „Kinkel-Initiative" noch auf einige wenige Gefangene stützen, die darauf eingestiegen sind und draußen auf die „neue" Politik der RAF mit der „Steinmetzschen" Einheit, kommen sie inzwischen ganz ohne aus. Es ist eine reine Eigenproduktion von Verfassungsschutz, Medien und Politikern. Sie brauchen für unsere „Forderungen" überhaupt niemand mehr, und so gesehen ist es die konsequente Weiterentwicklung der Übernahme unseres langjährigen Gefangenenprojekts durch den Staat mittels der „Kinkel-Initiative" und deren Anhang.

Jetzt hören wir, phänomenal für uns, daß dieses Kunstprodukt (denn real würde dieses „Treffen" sowieso nie) Diskussionen ausgelöst hat bis hinein in gesellschaftlich etablierte Kreise, die sich schon lange nicht mehr mit Gefangenen befaßt haben, weil für sie die ganze Sache mit uns schon längst so gut wie erledigt war.

Ihr macht Euch Sorgen, über eine möglicherweise „neu entstehende Gewalt von links"? Macht Euch lieber Sorgen um Euren Staat. Die fette Kohle bringt er sowieso nur noch für immer weniger.

Es wird mit uns keine Neuauflage von sowas wie der „Kinkel-Initiative" geben, in welcher heutigen Variante auch immer. Wenn, dann deutlich gegen uns.

Soweit kann ich aus einem Konsens mit Brigitte, Christian, Rolf (Heissler), Eva, Heidi, Rolf (Wagner) sprechen. Das sind keineswegs alle Gefangenen, die so denken, wir sind aber die Gefangenen aus der RAF, für die im Ergebnis der Entwicklung seit '92 die „Lösung" darin bestehen soll, daß wir im endlosen Knast wegsiechen.

Von Ingrid und Sieglinde will ich in diesem Zusammenhang gar nicht anfangen.

Ihr werdet Euch bei etwas Besinnung leicht vorstellen können, daß wir das nicht fressen, und vielleicht wird Euch auch dämmern, daß wir mit dieser Lage weit über der Grenze sind, wo uns der Staat noch was anhaben kann, zumal für jede/n von uns alles, was sie tun können, schon einmal da war.

Zu der zu erwarteten Wiederholung der ewigen Leier von den „Hardlinern" erinnere ich noch einmal daran, daß wir es waren, die seit langen Jahren eine Zäsur wollten, und weil wir die Fälschungen und Hetzstories, die immer wieder gestrickt werden, so satt haben, will ich jetzt noch dazu sagen, daß auch der Schritt zur Einstellung von „gezielt tötlichen Aktionen gegen Repräsentanten von Staat und Wirtschaft" von uns initiiert wurde. Allerdings ein gutes Jahr früher, als er kam, und wir sind auf Nichtbegreifen gestoßen, und dann kam Kinkel, und dann ging die „Zäsur" nach hinten los.

Wir Gefangenen haben ursprünglich unseren Kurs auf „Diskussion" und „Zäsur" seit Ende der 80er Jahre, bei gleichzeitiger Deeskalation in unserer Auseinandersetzung mit dem Staat keineswegs aus einer „Aufgabe des Kampfes" heraus gemacht, wir haben es in der Überzeugung gemacht, daß vor der Ergebnissen des kapitalistischen Durchmarsches eigentlich viele mehr als vorher sehen müßten, daß jetzt eine Situation Realität wird, aus deren Antizipation wir 20 Jahre gekämpft haben, um sie zu verhindern. Wir wollten das als unseren spezifischen Gefangenen-Beitrag zu einem Klärungsprozeß für eine Neuzusammensetzung einer Umwälzungspolitik, die heute über das linksradikale und auch ehemals linke Spektrum hinausreichen könnte. Wir wußten, daß wir dafür einen engen Zeitraum des Übergangs im Umbruch haben, weil dann die Auswirkungen des Umbruchs voll herausgekommen sein werden, und daß dann gesellschaftlich und politisch soviel an neuem Überlebenskampf, Konfrontation im zerbrechenden sozialen Zusammenhang und Destruktion in der globalen politischen Lebenswirklichkeit aufbricht, daß davon die politische Möglichkeit dafür erdrückt wird und es dann damit auch für eine Lösung unseres Gefangenenproblems zu spät ist, weil dann der Staat in der Krise uns vielmehr zum Demonstrationsobjekt für die Behauptung und Durchsetzung von Machtanspruch und Machtexekution nehmen wird, als uns freizulassen.

Es war der Versuch — an einer doch nicht unwesentlichen Stelle, schließlich hat die Auseinandersetzung RAF-Staat die Gesellschaft über 20 Jahre betroffen — einer ansatzweisen Verankerung eines Grundkurses auf überhaupt politische Prozesse, gegen die absehbare Chaotisierung und Brutalisierung aus den vom Mikro- bis zum Makro-Bereich aufplatzenden Gegensätzen mit der Tendenz zum Jeder-gegen-jeden, was heute alles vor 3,4 Jahren nicht vorhersehbar gewesen sein soll. Die Faschisierung nicht, der Rassismus nicht, der soziale Einbruch nicht, nichts, alle waren so glücklich, als die „neue Weltordnung" anbrach.

Heute kommt man wohl nicht mehr daran vorbei, den Versuch als überholt anzusehen.

Wenn es denn heute soweit ist, wie dieses Staatsschutzprodukt eines kurzzeitigen Zusammentreffens kommt, daß sie glauben, die Ernte der letzten zwei Jahre einfahren zu können und jedem die Pistole auf die Brust zu setzen und nach seiner Aussage zum „bewaffneten Kampf" abzufragen, dann kann ich ihnen auch gleich antworten: Ich mache diese politische Aussage, die ich die letzten Jahre vertreten habe, heute nicht mehr. Die Möglichkeit, die in der Zäsur gesteckt hat, dürfte vorbei sein. Die bewaffnete Aktion und die Militanz wird einfach in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Konfrontationen und in allen möglichen Formen stattfinden. Egal, was die RAF oder Gefangene sagen. Und das werde ich in manchem bestimmt gut nachvollziehen können. Deshalb werde ich einen Teufel tun, den bewaffneten Kampf „abzusagen".

August '93

ger Treffens. Die KritikerInnen werden als „Stimmen aus dem Off" lächerlich gemacht, die das Arbeitsklima vergiften und blockieren würden. Einem Teil der KritikerInnen wird unterstellt, daß sie *„im auftrag der Macht unterwegs sind, um zu spalten und Verwirrung zu stiften ... Die Bereitwilligkeit, mit der ihr, die ihr den Tutzing-Beitrag im Angehörigen-Info Nr. 99 verfaßt habt, auf die eingeht, die die Denunziation Geheimverhandlungen in Umlauf gebracht haben, ist fatal!"* (Angehörigeninfo 101, 10.9.92)

Diskussionen „draußen"

Im Februar 1993 hielten Genossinnen aus einem Gießener Lesben-Zusammenhang auf einem Treffen zur Freilassungskampagne eine Rede, in der sie aus einer feministisch-revolutionären Perspektive die jüngste Politik der RAF einer vernichtenden Kritik unterziehen. Sie kommen zu dem Resümee, daß die neue Politik der RAF und eines Teils der Gefangenen sich bei ihrer „suche nach neuen wegen" in die neue Weltordnung des imperialistischen Patriarchats einreiht. Die antiimperialistische Bewegung und die RAF hätten bisher zwar nicht gegen das Patriarchat, aber „auf internationalistischer grundlage gegen staat und kapital" gekämpft. Deshalb sei für Feministinnen bisher sowohl Widerspruch als auch Solidarität möglich gewesen. Die neue Politik der RAF ignoriere aber nicht mehr nur den Geschlechterwiderspruch, sondern sei „ausdruck der privilegien weißer männer (und sich daran orientierender weißer frauen)", die es ihnen ermöglichten, jetzt auch den Frieden mit Staat und Kapital schließen zu wollen. Das sei der Nachvollzug der „neue(n) rhetorik des revisionistischen patriarchats" vom Ende der achtziger Jahre („globale Menschheitsprobleme" etc). (Interim 229)

Die Reaktion der Celler Realos ließ nicht lange auf sich warten. Die Feministinnen wurden als Störerinnen des Arbeitstreffens, als pathologische Fälle denunziert. In ihrer Antwort fragen die Gießenerinnen mit Recht, wieso gerade sie als kritisierende Frauen auf dieser Ebene angegriffen werden. „Die Pathologisierung und Psychiatrisierung von Frauen, die Widerstand leisten, ist mit dem Patriarchat gemein." Diese Debatten finden statt, während ein Großteil auch der nichtreformistischen Linken sich aus dieser Auseinandersetzung heraushält. Statt die aktuellen Diskussionspapiere lesen sie die neuesten Verschwörungstheorien des sozialdemokratischen Vielschreibetrios Sieker/Wisnewski/Landgraeber, das in ihrem „RAF-Phantom" eine US-Verschwörung gegen deutsche Kapitalisten für die Anschläge seit 1984 verantwortlich macht. Daß dieses reaktionär antiamerika-

zur revolutionären Perspektive in der Diskussion aufeinanderprallen. Neben der PragmatikerInnenposition, die im Wesentlichen darin besteht, mensch müsse alles anders machen als bislang, nur mensch wisse nicht wie, sind darin auch Denkanstöße enthalten. Es werden sowohl Fehler aus der Vergangenheit tabulos benannt, als auch Schlußfolgerungen für eine zukünftige Perspektive gezogen.

Die letzten Erklärungen der RAF zum Weltwirtschaftsgipfel in München im Sommer 1992, die ausführliche Erklärung vom August 1992 und ihr Statement zur Ermordung von Wolfgang Grams setzen die seit April 1992 begonnene Linie der Deeskalation aber auch der Aufgabe revolutionärer Positionen fort. Auch ihre Erklärung zur Sprengung des Weiterstädter Knastes macht da keine Ausnahme. Kennzeichnend für diese neue Linie ist nicht in erster Linie die Stellung zur Gewalt und zum bewaffneten Kampf, sondern ihre Einschätzung des Staates, ihre Stellung zum Reformismus in Abgrenzung zum revolutionären Kampf, eine Unterscheidung, die in den erwähnten Erklärungen abgelehnt wird.

Die eingangs erwähnte Erklärung mehrerer Gefangenen zur Neuauflage der KGT-Initiative läßt vermuten, daß die Gefangenen, die die neue Politik kritisieren, einen gemeinschaftlichen Organisierungsversuch beginnen, um sich mit ihren beschränkten Möglichkeiten Gehör zu verschaffen. Das ist schon deshalb positiv zu bewerten, weil damit die Chance gegeben ist, daß sich die öffentliche Diskussion nicht ständig auf die Gefangenen als Objekte staatlicher Maßnahmen und Verlautbarungen konzentriert. Es können wieder eigenständige Initiativen von den Gefangenen entwickelt werden, die sich auf die Neuorientierung gesellschaftlicher Gegenmacht stützen und nicht auf imaginäre Fraktionen im Staatsapparat. Dafür ist natürlich ein ebensolcher Klärungsprozeß unter den GenossInnen draußen notwendig.

So kann vielleicht doch noch ein Erfolg der Kinkel-Initiative abgewendet werden, der, wie der Namensgeber unverblümt äußerte, darin bestehen würde, daß die RAF handlungsunfähig gemacht ist, die UnterstützerInnen und Gefangenen heillos zerstritten sind und die weiterbestehende Isolationshaft einfach kein Thema mehr ist.

P., Berlin

Zur Vorbereitung für eine geplante Broschüre mit den in diesem Artikel erwähnten sowie weiteren Texten lädt die Gruppe „Für eine internationale kommunistische Debatte" für den 14. November zu einem Arbeitstreffen ein. Dort sollen diese Texte diskutiert und über die Herausgabe der Broschüre beraten werden. InteressentInnen werden gebeten, sich rechtzeitig anzumelden, um eine angemessene Vorbereitung zu ermöglichen. Anmeldung über: Broschürengruppe c/o Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 99, 10997 Berlin, Fax: 030/6115021, Tel: 030/6127491.